

Stoppt TTIP und CETA!

Seit langer Zeit verhandeln im Geheimen die EU-Kommission und die USA, beide Seiten durch Lobbyisten großer Konzerne massiv „beraten“, den transatlantischen Handels- und Investitionsvertrag TTIP. CETA, ein ähnliches Abkommen mit Kanada, steht vor der Ratifizierung. Diese Abkommen drohen, Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt- und Verbraucherschutz zugunsten von Wirtschaftsinteressen auszuhebeln. Profitieren werden dabei vor allem große Konzerne, zum Nachteil aller: ■ Schutz der Konzern-Profiten („Investoren-Schutz“): Kanadische und US-Firmen sollen das Recht erhalten, Staaten vor privaten geheimen Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn ihnen Profite durch Entscheidungen des Staates entgehen. Dabei kann es sich auch um Gesetze handeln, die dem Gesundheits-, Verbraucher- oder Umweltschutz dienen. ■ Es würde schwerer werden Standards für Lebensmittel, Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz aufrecht zu erhalten oder diese gar zu erhöhen. Die EU Mitgliedsstaaten werden unter Druck gesetzt, Risikotechnologien wie Fracking oder gentechnisch veränderte Organismen zu erlauben. ■ Liberalisierungen und Privatisierungen sollen maximal durchgesetzt werden: Wasserver- und -entsorgung, Krankenhäuser, Altenheime, Schulen, Universitäten, Theater – alle öffentlichen Einrichtungen sind gefährdet, wenn US-Konzerne den gleichberechtigten „Marktzugang“ fordern können. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD), der unter dem Druck der Öffentlichkeit noch Bedenken gegen die privaten nichtöffentlichen Schiedsgerichte äußerte, ist wieder auf „Linie“ und hat dem CETA-Abkommen seine Zustimmung gegeben – und damit faktisch auch dem Ttip-Abkommen. Kanzlerin Merkel hat erklärt, dass die große Koalition das Ttip-Abkommen begrüßt. Europaweit läuft der Widerstand gegen CETA und Ttip. Mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger haben inzwischen die Protesterklärung der Europäischen Bürgerinitiative unterstützt.

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben:

Verschuldete Städte gründen Bündnis

Hohe Schulden und große Finanznot: das ist der Alltag in vielen Kommunen – nicht nur in Barmstedt. In Kaiserslautern schlossen sich 40 der am stärksten verschuldeten Städte in einem deutschlandweiten parteiübergreifenden Bündnis zusammen, um gemeinsam höhere Steueranteile für die Städte und Gemeinden von Bund und Ländern einzufordern, und zwar schnellstens. In der Resolution („Kaiserslauterer Appell“) heißt es, die Kommunen seien wegen der ihnen von Bund und Ländern übertragenen Pflichtaufgaben in eine gefährliche finanzielle Schieflage geraten, aus der sie ohne angemessene Finanzierung nicht herauskämen. Um Abhilfe zu schaffen, wird ein Rettungsschirm zum Abbau der größten kommunalen Altschulden gefordert, die von Bund und Ländern verursacht wurden. Es müsse gelten „Wer bestellt, bezahlt“. Mit Blick auf geschlossene Schwimmbäder, Theater und andere kommunale Streichun-



gen und Kürzungen sagte der Wuppertaler Oberbürgermeister, die Bundesrepublik habe sich auf die Fahnen geschrieben, dass es überall gleiche Lebensverhältnisse geben solle. „Die gibt es nicht für Bürgerinnen und Bürger in Städten, die sich nichts mehr leisten können.“ „Das ist die rich-

tige Richtung, wie auch unsere Stadt die Finanznot lindern muß. Ein unsozialer Irrweg ist es, die Bürger immer wieder zur Kasse zu bitten, überall zu kürzen und zu streichen, zudem ändert es an den Finanzproblemen nicht viel“, so BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel.

Frontalangriff auf Streikrecht

Arbeitsministerin Nahles (SPD) hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der faktisch einen Frontalangriff auf die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beinhaltet. Unter dem vernebelnden Namen „Regelung der gesetzlichen Tarifeinheit“ soll in den Betrieben die jeweils stärkste Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen den Vorrang haben. Das läuft darauf hinaus, das Streikrecht aller anderen Gewerkschaften im selben Betrieb einzuschränken. Es handelt sich um einen unzulässigen Eingriff in die vom Grundgesetz geschützte Koalitionsfreiheit. Damit sollen kleinere kampfbereitere Gewerkschaften gezügelt werden. Es war kein Zufall, dass die Bundesregierung den Gesetzentwurf vorgelegt hat, als aus den „Leitmedien“ einheitlich und aggressiv gegen die kleine Eisenbahngewerkschaft GDL gehetzt wurde, die völlig zu Recht für eine bessere und tarifliche Bezahlung der Bahnbeschäftigten kämpft.

amt – z. B. der BMTV für die Nutzung der Sporthallen hinblättern und auf die Mitglieder über höhere Beiträge umlegen. Die verschiedenen Landesregierungen nerven jedes Jahr in ihren Kürzungsempfehlungen für die Kommunen damit, dass Sporthallennutzungsgebühren eingeführt werden sollen, zunächst nur für den Erwachsenensport. Wie es dann weiter geht, kann sich jeder denken. Die BALL meint: Da kann es nur ein knallhartes NEIN geben, aber dieses NEIN benötigt die aktive Unterstützung der Sporttreibenden selbst. Die ehrenamtliche Arbeit der Barmstedter Sportvereine ist für das Gemeinschaftsleben und den Sport in allen Altersklassen unverzichtbar. Nebenbei steigen der Bekanntheitsgrad Barmstedts und die Attraktivität des Wohnorts auch durch die Arbeit der Sportvereine. Deshalb: **Kein Abkassieren der Sportvereine für die Nutzung der Sporthallen!**

NEIN zur Einführung von Sporthallegebühren!

Unter Bürgermeister Hammermann hat die Stadt sich noch um den Titel „Sportstadt“ beworben, jetzt sollen die Sportvereine bzw. deren Mitglieder bluten. 20.000,- Euro im Jahr soll – so das Gemeindeprüfungs-

CDU/CSU/SPD-Bundesregierung legt Gesetzentwurf vor:

Weitreichende Fracking-Erlaubnis

Der Widerstand gegen die Genehmigung für Fracking-Voruntersuchungen durch PRD Energy in unserer Region wächst an: Die Menschen wollen keine gefährlichen Experimente und keine Gefährdung des Grundwassers. Im Gegensatz zur ablehnenden Haltung in der Bevölkerung haben sich das SPD-Bundesumweltministerium, das SPD-Bundeswirtschaftsministerium und das CDU-Kanzleramt in ihrem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf auf Regelungen verständigt, mit denen die hochrisikobehaftete Fracking-Methode auf mindes-

tens 80 % der Fläche erlaubt werden kann. Eine sechsköpfige „Experten“kommission, in der auch die fracking-freundliche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mitwirkt, soll bei „absoluter Unbedenklichkeit“ Probebohrungen sogar oberhalb von 3000 Metern zulassen können. Ein zuvor geplantes Fracking-Verbot bis 3000 Metern Tiefe ist gestrichen worden. Größere Mengen Schiefergaspotenziale weisen insbesondere die Tongesteine des Unterkarbon, die in Tiefen bis weit über 5.000 Meter versenkt sein können, auf. Ein erheblicher Teil befindet sich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Auch bezüglich des Schutzes des Trinkwassers kann die 3000-Meter-Grenze nicht erhalten: Das Gefahrenpotenzial von Fracking ist unterhalb von 3000 Metern nicht geringer als oberhalb: Wasserführende Schichten werden in jedem Fall durchquert, und es gibt keinerlei

Garantien, dass Methan, Frac-Flüssigkeit sowie sogenanntes Lagerstättenwasser, das Schadstoffe wie radioaktive Isotope, Quecksilber und Benzol enthält, durch Unfälle an den Bohrleitungen oder durch aufgebrochene Gesteinsschichten in das Grund- und Trinkwasser gelangen.

Ihr Fracking-Ermöglichungsgesetz vernebelt die SPD-Umweltministerin Hendricks so: „Oberste Priorität haben der Schutz von Umwelt und Trinkwasser“; „die strengsten Regelungen im Bereich Fracking, die es je gab“.

Waren die im Juli von Gabriel und Hendricks angekündigten Fracking-Regelungen schon windelweich, wurden seitdem immer mehr Aufweichungen vorbereitet. Die Lobbyarbeit des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hat sich jedenfalls gelohnt. Die CDU/CSU/SPD-Koalition ist offenbar bereit, unvorhersehbare Risiken für Mensch und



Umwelt in Kauf zu nehmen, um die kurzfristigen Profitinteressen der Energiekonzerne zu stillen, die einen neuen Wettlauf ums Fracking-Gas ausgerufen und bereits ganze Regionen unter sich aufgeteilt haben.

Angesichts der vielen Gefahren wäre es unverantwortlich, Fracking selbst unter Einsatz nicht-toxischer Frac-Flüssigkeiten und unter vorgeblich verschärften Auflagen zu erlauben. Stattdessen sind der schnellere

Ausbau der erneuerbaren Energien und die konsequente Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen notwendig.

Die BALL unterstützt die Forderung nach einem ausnahmslosen Fracking-Verbot. Nur dieses kann sicherstellen, dass Fracking nicht durch die Hintertür ermöglicht wird. Aber um dieses durchzusetzen, bedarf es von Seiten der Bevölkerung einer deutlichen Steigerung des öffentlichen Drucks auf die Bundesregierung.

Nähere Infos zu TTIP und CETA sowie die Möglichkeit zur online-Unterschrift unter der folgender Internetanschrift: www.campact.de

Krieg ist keine Lösung!



Derzeit befinden sich weltweit 50 Millionen Menschen besonders vor Kriegen auf der Flucht. Die meisten davon verbleiben in ihrer Heimatregion, sie fliehen innerhalb des Landes oder in Nachbarstaaten. Die größten Herkunftsländer von Flüchtlingen, die ihr Land verlassen, sind nach UN-Angaben Afghanistan mit 2,5 Millionen, Syrien mit 2,4 Millionen und Somalia mit 1,1 Millionen Flüchtlingen. Die größten Aufnahme-länder von Flüchtlingen sind Pakistan mit 1,6 Millionen und der Libanon mit 843.000 Flüchtlingen.

Afghanistan Der NATO-Krieg in Afghanistan mit Beteiligung der Bundeswehr hat in den 13 Kriegsjahren über 200.000 Kriegstote gefordert.

Ebenso viele leiden an schweren Verletzungen oder sind traumatisiert. Die Mütter- und Kindersterblichkeitsrate ist heute die höchste in der Welt. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind schlecht. Jedes zweite Kind, das sind ca. 3 Millionen, ist laut Angaben der Ärzteorganisation IPPNW chronisch mangelernährt.

Syrien

In Syrien dauern seit 2011 Kämpfe zwischen Armee und bewaffneten Regierungsgegnern an. Laut UN-Angaben sind bei den Gefechten bereits mehr als 140.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Opposition, aber auch westliche Staaten - u.a. die USA, Frankreich, Saudi-Arabien, die Türkei und Katar - wollen Assad zum Rücktritt zwingen. Gegen die syrische Regierungs-

armee kämpfen auch zahlreiche Terrorgruppen, u. a. Ableger des Terrornetzwerkes Al Qaida oder der „Islamische Staat (IS)“. Nachdem der IS mehrere Regionen unter seine Kontrolle gebracht und dort „Scharia-Gesetze“ eingeführt hat, schnellten nicht nur die Flüchtlingszahlen in die Höhe sondern zunehmend müssen auch die westlichen Staaten auf Distanz zu den aus ihrer Sicht zunächst „erfolgreichen“ Assad-Gegnern gehen.

Frontex

Für Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika ist das Ziel Europa. Doch dort sind sie keineswegs willkommen. Die Staaten versuchen sich an den Außengrenzen gegen die unerwünschte Einwanderung abzuschotten. Vor allem Deutschland

Sechs Wohneinheiten für Flüchtlinge

Der Sozialausschuss und der Bauausschuss der Stadtvertretung haben jeweils einstimmig den Bau einer neuen Unterkunft für Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber in der Feldstrasse 1 beschlossen, und die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung begrüßt dies sehr. Es werden sechs Zwei-Zimmer-Wohneinheiten errichtet, in denen in der Regel zwölf Erwachsene untergebracht werden. Das jetzige Gebäude, in dem jahrelang auch schon Flüchtlinge

forciert den Aufbau von Frontex, einer europäischen Grenzagentur und den Ausbau eines militärisch hochgerüsteten Grenzregimes in anderen europäischen Ländern. Die Folge sind immer gefährlichere Fluchtrouten und ein „Massaker“ von bis zu 20.000 Toten an den Außenmauern der EU.

Auch wenn deutsche Spitzenpolitiker weiter für noch mehr Militäreinsätze werben, wird sich wohl die Erkenntnis durchsetzen müssen – Krieg ist keine Lösung.

und Menschen in Wohnungsnot untergebracht waren und das von den Pfadfindern mitgenutzt wurde, wird abgerissen, da es marode und vom Schimmel befallen ist. Mit dem Neubau setzt die Stadt Barmstedt die zielstrebige dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in kleinen Wohneinheiten fort. Der Neubau wird faktisch mit Landeszuschüssen für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge finanziert und ist so konzipiert, dass er mit geringen Umbauten auch anders nutzbar sein wird. Doch das ist angesichts der Kriege, an denen auch die Bundesrepublik Deutschland direkt und indirekt beteiligt ist und bei denen deutsche Rüstungskonzerne mit ihren Waffenexporten mitverdienen, in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Die BALL-Fraktion plädiert dafür, dass die Stadt für den Neubau eine halbe Stelle zur Betreuung der Bewohner und Unterhaltung des Hauses einrichtet; dies würde zudem auch die Stadtverwaltung entlasten.

Die Stadt Barmstedt selbst ist aktuell für die Unterbringung von rd. 30 Flüchtlingen zuständig; das sind 0,3 % der mehr als 10.000 Einwohner. In den 80er/90er-Jahren waren gut dreimal so viele in Barmstedt ohne nennenswerte Probleme untergebracht.

Als die Hausverwaltung (Makler-Büro-Mahlen) der Wohnsiedlung „An der alten Mühle“ bei den Bewohnern irrationale Ängste schürte und diese noch von der „Barmstedter Zeitung“ durch reißerische und hirnrisige Überschriften („Angst um unsere Kinder“) mit angemischt wurden, gab es schnelle Gegenreaktionen und klare Stellungnahmen aus der Bevölkerung und von Seiten aller Fraktionen in der Stadtvertretung, und es ist gut zu sehen, dass zahlreiche Barmstedterinnen und Barmstedter sich bei der Unterstützung von Flüchtlingen engagieren. Die nächste Stadtvertreterversammlung wird den Bau endgültig beschließen.

Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine weihte Gedenktafel ein

Zwangsarbeit in Barmstedt

Am 31. 8.2014 lud die AG Stolpersteine für Barmstedt zu einer Einweihungsfeier für eine Gedenktafel auf den Friedhof ein, die an die in Barmstedt verstorbenen Zwangsarbeiter aber auch an deren Kinder, erinnern soll. Nachfolgend veröffentlichen wir einen Redebeitrag zum Thema Zwangsarbeit in Barmstedt, der auf der Einweihungsfeier vorgelesen wurde:

„Im Zweiten Weltkrieg wurden im Deutschen Reich auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industriebetrieb und auch in Privathaushalten ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet. Männer, Frauen und Kinder: Im Herbst 1944 waren 8 Millionen Ausländer in Deutschland tätig – damals 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.“

Sie kamen aus allen von der Wehrmacht besetzten Ländern. Zunächst wurden sie als „Gastarbeiter“ angelockt, dann auf offener Straße verhaftet, später als Kriegsgefangene und KZ-Interneerte „ins Reich“ verschleppt. Jeder sah sie arbeiten und leiden, doch nach dem Kriege wollte niemand von ihnen gewusst haben. Die meisten von ihnen, die den Reichseinsatz überlebt haben, warteten vergebens auf eine Entschädigungszahlung.

Die Ziele des Einsatzes von ZwangsarbeiterInnen:

■ Arbeitersatz für die fehlenden

Männer, die als Wehrmachtssoldaten eingesetzt waren

■ riesige Zusatzprofite für deutsche Firmen, da ZwangsarbeiterInnen für wenig Geld zu haben waren

■ Erhöhung der Staatseinnahmen durch sogenannte „Verleihgebühren“ und „Ausländersonderabgaben“

■ aber auch Vernichtung durch Arbeit

ZwangsarbeiterInnen wurden den Betrieben nicht aufgezogen, ganz im Gegenteil, sie mussten mit einer schriftlichen Begründung beantragt werden und wurden dann von den Arbeitssämtern zugeteilt.

Die Behandlung von ZwangsarbeiterInnen

ZwangsarbeiterInnen bekamen nur einen geringen Lohn und hatten schlechten Arbeitsschutz.

Für viele ZwangsarbeiterInnen stellte es eine besondere psychische Belastung dar, dass sie selbst durch ihre Arbeitskraft zum Erfolg des Krieges in ihren Heimatländern beitrugen.

Gesondert zu erwähnen seien auch die Schicksale der Kinder der ZwangsarbeiterInnen. Bereits während der Schwangerschaft wurde den sogenannte „Ostarbeiterinnen“ kein Mutterschutz zugestanden, d.h. Sie mussten bis kurz vor der Entbindung teilweise sehr schwere Arbeit verrichten. Die oft extra für Zwangsarbeiterinnen vorgesehenen



Entbindungsheime, Kreißsäle, Säuglings- und Kinderheime befanden sich in äußerst unhygienischen Zuständen.

Es gehörte zum Ausbeutungskonzept, die ZwangsarbeiterInnen möglichst „effektiv“ einzusetzen, Schwangerschaften tunlichst zu verhindern und die „unerwünschten“ Kinder entweder aufzuziehen (als zukünftige ZwangsarbeiterInnen) oder verhungern zu lassen.

Für diesen Zweck gab es extra sogenannte „Ausländerkinder-Pflegestätten“ in denen man die Kinder unbemerkt von der Öffentlichkeit verkümmern und sterben lies.

In Barmstedt, das damals etwa 4000 Einwohner umfasste, wurden in der Zeit 1940- 1945

über 500 ZwangsarbeiterInnen zur Arbeit genötigt.

Die ersten wurden in umgebauten Schweineställen in der Großendorfer Straße untergebracht. Es waren ca. 30 französische Kriegsgefangene, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden.

Weitere Unterkünfte waren über das gesamte Stadtgebiet verteilt, hier ein paar Beispiele: Reichenstraße 15 + 43, Mühlenstraße 13 + 31, Dusterlohe (bei Düren), Kuhberg 26, Adolf- Hitler- Platz 23 (heutiger Marktplatz), Marktstraße 7, Königstraße 56, Feldstraße 24, Massenunterkunft in der Mühlenstraße 30, Gebrüderstr. 30 + 31, Großendorferstraße 28, Jittkamp, Lutzhorner Landstraße,

Spitzerfurth, Ausstraße 9-11, im sog. Waldlager so wie in vielen anderen Einzelunterkünften.

Polen und Sowjetbürger, die die größte Gruppe der ZwangsarbeiterInnen in Barmstedt bildeten, waren sogar gezwungen in der Öffentlichkeit einen Aufnäher mit einem großen „P“ bzw. der Bezeichnung „OST“ auf ihrer äußeren Kleidung zu tragen.

Auch die Arbeitsstätten waren über ganz Barmstedt verteilt, so dass die ZwangsarbeiterInnen doch sehr deutlich (besonders während ihrer Wege zur und von der Arbeit) das Bild der Kleinstadt geprägt haben müssen.

Einige Barmstedter Firmen, die diese Menschen zur Arbeit zwangen, seien hier genannt:

■ Schlachtereien Dose und Reumann (10 Holländer, 28 Franzosen, 17 Dänen und 15 Belgier)

■ Schuhfabrik Gustav Lüdemann (3 Belgier und 18 Polen)

■ Konservendosenfabrik Zeigmeister (104 Polen)

■ Holzfirma Gustav Glissmann (21 Polen – 1942 wurde Glissmann zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt, da im Betrieb Munitionskisten hergestellt wurden)

■ Wachsfabrik Schlickum (10 sowjetische ZwangsarbeiterInnen)

■ Gärtnereien Draht und Noack (5 + 6 sowjetische ZwangsarbeiterInnen)

■ städtische Gaswerke (5 sowjetische ZwangsarbeiterInnen)

■ Schuhfabrik Rothermund (3 Polen)

Diese Betriebe und weitere Klein- und Familienunternehmen nahmen ZwangsarbeiterInnen in Anspruch. Man muss davon ausgehen, dass es den ZwangsarbeiterInnen hier in Barmstedt nicht anders erging als im übrigen

Reich. Sie litten an schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, und an Zwangsmaßnahmen.

Die rassistische Meinung großer Teile der Bevölkerung führte zu Geringschätzung und Verachtung der Polen und Sowjetbürger, sie wurden strenger überwacht. Die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen litten noch zusätzlich unter der Angst der Deutschen, dass sie „bolschewistisch verseucht“ seien. Gewalttätigkeiten und Übergriffe gegen Männer und Frauen aus der Sowjetunion sind aus zahlreichen Städten und Gemeinden der Region bekannt (z.B. aus Elmshorn und Alveslohe) und mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Barmstedt vorgekommen.

Ein weiteres Indiz für die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ZwangsarbeiterInnen sind die hohe Anzahl an Fluchtversuchen und Einweisungen in die Gefängnisse in Elmshorn und Neumünster. Wären die Folgen für Flucht oder Untertauchen in ihrer Heimat nicht so schwer und die Konsequenzen für ihre Familien nicht so furchtbar gewesen, hätten sicher noch viel mehr ZwangsarbeiterInnen, auch in Barmstedt davon Gebrauch gemacht.

So sind auch in Barmstedt viele Menschen schuldig geworden, haben Menschen unterdrückt, herabgewürdigt, zu Sklavenarbeit gezwungen, um sich selbst zu bereichern.

Bis heute bekennen sich viele Firmen nicht zu dieser Schuld und konnten nahtlos nach dem Ende des Krieges an ihre wirtschaftlichen Erfolge, die sie u.a. auf Kosten der ZwangsarbeiterInnen erzielten, anknüpfen.